

**Freie
Demokraten**

Rhein-Pfalz-
Kreis **FDP**

**Verabschiedet auf dem
Kreisparteitag am 23.01.2019**

**FDP-Rhein-Pfalz-Kreis
Programm zur Kommunalwahl 2019**

**Starke Kommunen, starker
Rhein-Pfalz-Kreis**

Inhalt

Einleitung.....	3
Familien- und kinderfreundlicher Rhein-Pfalz-Kreis	4
Weltbeste Bildung für Jeden	4
Schulen zukunftsfähig machen.....	5
Digitalisierung an Schulen	5
Senioren im Landkreis	7
Innere Sicherheit	8
Kommunale Ordnungsdienste.....	8
Feuerwehren und Brandschutz	9
Europapolitik	9
Kommunen für ein starkes Europa.....	9
Wirtschaftsförderung	10
Finanzpolitik	11
Solide Finanzpolitik im Kreis und in den Gemeinden stärken.....	11
Umwelt- und Naturschutz	12
Kultur.....	13
Verkehrspolitik	14
Straßennetz und ÖPNV.....	14
Radwegenetz	15
Landwirtschaft.....	15
Abfallwirtschaft	16
Energiepolitik.....	17
Hochwasserschutz, Grund- und Druckwasserschutz	18
Sportpolitik.....	19
Migrationspolitik	19
Integration	19
Geflüchtete	20
Die Rolle der Kommunen im Rhein-Pfalz-Kreis stärken	21
Kreisverwaltung modernisieren	21
Leerstand und Leerstandskataster	22
Interkommunale Zusammenarbeit	22

Einleitung

Freie Bürgerinnen und Bürger, starke Kommunen -

DAS braucht unsere Heimat!

Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Ziel unserer Politik, stete wertschätzende Aufgabe und wachsende Herausforderung.

Unsere Städte und Gemeinden sind für uns Freie Demokraten die Basis unseres Gemeinwens vor Ort. Oberstes Ziel unserer Kommunalpolitik ist es deshalb, den Bürgerinnen und Bürgern ein Höchstmaß an freier Entfaltung bei ihrer Lebensgestaltung zu ermöglichen.

Wir wollen eine Politik vor Ort mit Herz und Verstand.

Jeder Mensch soll faire Chancen haben, seine eigenen Talente und Ideen zu entfalten, von seiner eigenen Arbeit zu leben und nach seiner eigenen Vorstellung glücklich werden zu können - zu seinem eigenen Nutzen und zum Nutzen von uns allen. Erst das Miteinander und Füreinander der Bürgerinnen und Bürger machen unsere Städte und Gemeinden attraktiv und lebenswert.

Libérale Kommunalpolitik unterstützt, ermutigt und fördert privates Engagement und die Selbstorganisation in unserer Gesellschaft. Wo immer Menschen in Eigeninitiative tätig werden, finden sie unsere Unterstützung. Nicht die Hoffnung auf den allmächtigen Staat, sondern die Tatkraft seiner Bürger macht unsere Gesellschaft solidarisch, stark und lebenswert.

Um die Kräfte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wirkungsvoll zu mobilisieren, bedarf es liberaler Politik, die besonnen für das Land, den Kreis und die Gemeinden die richtigen Rahmenbedingungen schafft.

Gemeinsam bewegen wir Freie Demokraten den Rhein-Pfalz-Kreis! Wir sind pragmatisch, bürgernah und lösungsorientiert, sowie engagiert, sachlich und innovativ.

Zentrale Aufgabenfelder:

- ✓ Familien- und kinderfreundlicher Rhein-Pfalz-Kreis
- ✓ Weltbeste Bildung für Jeden
- ✓ Senioren im Landkreis
- ✓ Innere Sicherheit
- ✓ Europapolitik
- ✓ Wirtschaftsförderung
- ✓ Finanzpolitik
- ✓ Umwelt- und Naturschutz
- ✓ Kultur
- ✓ Verkehrspolitik

- ✓ Landwirtschaft
- ✓ Abfallwirtschaft
- ✓ Energiepolitik
- ✓ Sportpolitik
- ✓ Migrationspolitik
- ✓ Die Rolle der Kommunen im Rhein-Pfalz-Kreis stärken

Familien- und kinderfreundlicher Rhein-Pfalz-Kreis

Das liberale Bild von Familie und Partnerschaft steht für eine eigenständige Verantwortungsgemeinschaft auf der Grundlage der Mündigkeit des Einzelnen. Die Kommune muss dort, wo sie zuständig ist, durch eine familienfreundliche Kultur und Infrastruktur gute Rahmenbedingungen schaffen.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- die Kommunen des Rhein-Pfalz-Kreises im Rahmen ihrer Verantwortung eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Gesellschaft fördern.
- die Barrierefreiheit in all ihren Facetten verbessert wird. Nicht nur der öffentliche Raum, sondern auch die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern muss barrierefrei sein.
- die Ganztagsangebote, die sich am liberalen Konzept der weltbesten Bildung orientieren, sowohl quantitativ als auch qualitativ sollen so abgesichert werden, dass sie Familien Wahlfreiheit bieten.
- der bestehende Anspruch auf einen Kindertagesstätten-Platz für die unter Dreijährigen umgesetzt wird, unter Beachtung des Interessenausgleichs zwischen den Beteiligten. Förderungen des Bundes müssen dabei ungemindert und zeitnah an die Kommunen weitergereicht werden.
- Trägerschaften in der frühkindlichen Bildung gleichberechtigt behandelt werden, auch bei privaten Initiativen wie gewerblichen und betrieblichen Angeboten.
- der weitere Ausbau von Betriebskindergärten durch den Abbau von bürokratischen Hemmnissen erleichtert wird.
- Kindertagesstätten und frühkindliche Bildungseinrichtungen flexible Öffnungszeiten erhalten, die mit dem Berufsleben vereinbar sind.

Weltbeste Bildung für Jeden

Bildung ist wichtig. Deshalb brauchen wir entsprechende Angebote bereits in Kindertagesstätten, gut ausgestattete Grundschulen sowie ein differenziertes und den Ansprüchen von

Schülerinnen und Schülern gerecht werdendes Angebot an weiterführenden Schulen. Dabei müssen die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund stehen, d. h., dass eine frühzeitig einsetzende differenzierte Förderung erfolgt. Bildung darf sich nicht nur auf die Vermittlung von Fachwissen beschränken, sie muss junge Menschen auch auf die Herausforderungen des täglichen Lebens vorbereiten können, z.B. wie funktionieren Sozialsysteme, Wirtschaft und die Lebensplanung

Dazu zählt für die FDP zum einen die Bereitschaft, Anregungen aus den Bildungssystemen unserer europäischen Nachbarn zu holen und sie in unser bestehendes Schulsystem zu integrieren. Zum anderen sollen unsere Kinder ihre ersten Erfahrungen im Ausland schon in ihrer Schulzeit sammeln können, da diese in einer globalisierten Welt für einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben immer wichtiger werden.

Wir setzen auf mehr Eigenverantwortlichkeit von Schulen bei der Wahl von Methoden und Lernmitteln und dem Zugang zu digitalen Netzen. Dabei spielt die Digitalisierung der Schule mit einem Zugang zu neuester Technik für Alle eine entscheidende Rolle.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- wir Schulen vor Ort bei der Zertifizierung als Europaschule unterstützen, damit Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, schon während ihrer Schulzeit vom Netzwerk der Europaschulen in ganz Europa zu profitieren und so möglichst viel internationale Erfahrung sammeln können.
- die Schüler im Rahmen dieses Programms die Möglichkeit zum interkulturellen Austausch bekommen sollen. Dieses kann z.B. durch einen längeren Aufenthalt an einer Partnerschule aus dem europäischen Ausland geschehen oder durch Mitarbeit an einem selbst gewählten Thema in einer internationalen Arbeitsgruppe.

Schulen zukunftsfähig machen

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- Die Kommunen des Rhein-Pfalz-Kreises bei der Umsetzung der Schulbaurichtlinie finanziell stärker gefördert werden.
- Klassenräume der Schülerzahl angemessen groß sein müssen, um pädagogisch sinnvoller unterrichten zu können.
- Differenzierungsräume und Zusatzräume für inklusive Bildung geschaffen werden.
- Barrierefreiheit in den Schulen schnellstmöglich erreicht wird.
- Schulen ausreichend Sport- und Bewegungsflächen sowie ein ausgewogenes Ernährungsprogramm in der Schulverpflegung erhalten.
- Schulen mehr Räumlichkeiten für Ganztagsschulangebote erhalten.

Digitalisierung an Schulen

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- allen Schülern, auch den sozial Schwächeren, der Zugang zu modernen digitalen Medien, ein kostenloser Internetzugang sowie das Erlernen des Umgangs mit Standardsoftware an der Schule ermöglicht wird. Investition in ein EDV- und Datenschutzkonzept, WLAN-Ausleuchtung, Anbindung an schnelles Internet sind die dazu notwendigen Voraussetzungen. Hierbei sind die Schulträger aufgefordert, die Schulen bei der Nutzung bereits verfügbarer Sonderkonditionen für Softwarelizenzen und Sonderprogrammen der IT-Unternehmen zu unterstützen.
- angeschaffte Hard- und Software regelmäßig aktualisiert wird und stets einsatzbereit ist. Zur Unterstützung der Schulen wollen wir ihnen hinreichende IT-Fachkräfte als Unterstützung im Vor-Ort-Einsatz zur Seite stellen, um die Problembehebung, Wartung, Instandhaltung und Aktualisierung der Hard- und Software sicherzustellen.
- soweit noch nicht erfolgt, das Unterrichtsmaterial durch digitale Schulbücher, Lern-Apps und Lizenzen für digitale Arbeitsblätter und Filme bereichert werden. Wir setzen uns für die Einführung eines der Schulbuchausleihe vergleichbaren Extrabudgets der Schulen für Unterrichtsmaterial ein. Dieses Budget soll in Selbstverwaltung den Schulen den Freiraum bieten, das für ihr Schulprofil optimal passende Unterrichtsmaterial zusammenzustellen. Daraus ergibt sich auch die Möglichkeit, digitales Unterrichtsmaterial für die inklusive Beschulung oder Sprachfördermaterial zu beschaffen.
- eine bessere finanzielle Ausstattung der kommunalen Medienzentren Schulen auf dem Weg in die Digitalisierung besser begleiten und Lehrkräfte hinsichtlich Nutzung und Einsatzmöglichkeiten besser beraten können.
- eine enge Verzahnung und Kooperation der kommunalen Schulträger mit der Landes- und Bundesebene ermöglicht wird, um hier die finanziellen Herausforderungen in allen Landkreisen angehen zu können.
- die allgemeine Schulbuchausleihe zugunsten einer passgenauen Auswahl der Unterrichtsmaterialien, zum Beispiel durch digitale Medien, abgeschafft wird.
- die Kindertagesstätten und Grundschulen mit Sprachfördermaterial und qualifizierten Fördermaßnahmen zum Spracherwerb und zur Weckung naturwissenschaftlicher Neugier auszustatten sind.
- beim Übergang von Kindertagesstätten zur Schule durch ein individuelles Vorschulprogramm eine flächendeckende Begleitung möglich ist.
- das Niveau der Realschule+ verbessert wird, um Absolventen bessere Chancen für den Berufseinstieg zu ermöglichen.

Senioren im Landkreis

Die FDP steht für eine generationengerechte Politik im Rhein-Pfalz-Kreis. Wir brauchen Menschen mit Erfahrung, Vitalität und Engagement. Die FDP unterstützt daher das zunehmende Engagement älterer Mitbürger auch im Ehrenamt.

Wir wollen die Lebenserfahrung von Senioren nutzen, da vor allem das Miteinander der Generationen zur Lösung von Zukunftsfragen beiträgt. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt im Rhein-Pfalz-Kreis verbessert und die Anerkennung der dort erbrachten Leistungen mehr in den Fokus kommunaler Politik gerückt werden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- die Potenziale und Erfahrungen der älteren Generation besser genutzt werden.
- die kommunale Infrastruktur eine größtmögliche Mobilität erlaubt.
- die ortsnahe Versorgung mit Waren, Dienstleistungen und medizinischen Angeboten bei kommunalen Entscheidungen in besonderer Weise berücksichtigt wird.
- bei der Ortsentwicklung die Interessen der Senioren berücksichtigt werden, z.B. durch Rollator gerechte Straßenquerungen.
- lebenslanges Lernen in Einrichtungen des Rhein-Pfalz-Kreises unterstützt wird, was auch einschließt, besser an digitalen Angeboten teilhaben zu können.
- Seniorinnen und Senioren zur Mitwirkung an Seniorenvertretungen und –beiräten motiviert werden.
- Generationen übergreifende Projekte in den Kommunen des Rhein-Pfalz-Kreises gefördert werden.
- Senioren Service Stellen in den Rathäusern sowie eine gerontologische Fachstelle (Altersbetreuungsaufsicht) im Rhein-Pfalz-Kreis eingerichtet werden.
- eine Konzeption für altersgerechte Teilhabe an der Gesellschaft erarbeitet wird.
- Infoportale für Senioren auf der Homepage der Gemeindeverwaltungen eingerichtet werden.
- in allen Gemeinden Seniorenbeiräte eingerichtet werden.
- Begegnungsstätten für Jung und Alt geschaffen werden.
- ausreichend Aufenthalts-, Ruhe- und Sitzgelegenheiten in den Gemeinden vorgehalten werden.
- ehrenamtliche Freizeit- und Bildungsangebote für Senioren angeboten werden.
- eine Ehrenamtsbörse zum Austausch von Angeboten und Nachfrage zur Alltagsbewältigung eingerichtet wird.

Innere Sicherheit

Kommunale Ordnungsdienste

Innere Sicherheit ist ein wesentliches Ziel liberaler Politik. Freiheit setzt voraus, dass die Menschen ohne Furcht vor Gewalt und Verbrechen leben können. Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Pfalz-Kreis weiter zu verbessern, muss die Polizei in der Fläche erhalten bleiben. Nur so kann sie auf den Straßen präsent sein und Kriminalität effektiv bekämpfen.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- die Zahl der Polizistinnen und Polizisten im Kreisgebiet zu erhöhen.
- dass Beamtinnen und Beamte durch verbesserte Ausrüstung gegen Übergriffe besser geschützt werden.
- dass Polizistinnen und Polizisten von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, u.a. durch digitale Hilfsmittel.

Darüber hinaus setzt sich die FDP dafür ein,

- die personelle Ausstattung der kommunalen Ordnungsdienste zu verbessern. Nur so können sie die Vollzugspolizei sinnvoll ergänzen.
- bei Bedarf die kommunalen Ordnungsdienste einzusetzen, um insbesondere bei Ruhestörungen, Müllproblematik, Vandalismus, Streitigkeiten, Belästigungen und sonstigen Störungen der öffentlichen Ordnung.
- dass kommunale Ordnungsdienste, ggf. vernetzt werden, und rund um die Uhr ansprechbar sind. Ihre Verfügbarkeit darf sich nicht auf übliche Bürozeiten beschränken. So können auch die kommunalen Ordnungsdienste für die Sicherheit sorgen, die dem Bürger wichtig ist und vor Ort als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.
- die Unterstützung aller in der Jugendarbeit Tätigen zu verbessern, sei es an Schulen, in Vereinen, in der freien Jugendarbeit oder in den Behörden – damit frühzeitig Probleme erkannt und gemeinsam angegangen werden können. Eine Kultur des Hinsehens und wirksame Jugendarbeit hilft mehr als nur der Erlass weiterer Verbote und das öffentlichkeitswirksame Kurieren an Symptomen.
- zielgerichtete Programme, die sich an Frauen wenden, um Selbstverteidigung und Selbstbewusstsein zu stärken. Einrichtungen, die Frauen Schutz bieten, müssen dauerhaft gesichert finanziert werden. Wir wollen mit besseren Strukturen und einer gezielten Förderung besser gegen „häusliche Gewalt“ und Menschenhandel vorgehen.
- beratende Ausschüsse für „Öffentliche Sicherheit“ in den Kommunen einzurichten, damit Polizei und Rettungseinrichtungen, Vereine sowie die örtliche Wirtschaft regelmäßig mit Gemeinde- und Kreisräten wesentliche Fragen der Stärkung des Ehrenamts, der Vernetzung der in der Öffentlichen Sicherheit Tätigen voranbringen, neue Projekte, wie z.B. zur Warnung der Bevölkerung bei Schadenslagen oder zur besseren

Rekrutierung von Rettungskräften, besprechen oder die bestmögliche Verhinderung von Großschadenslagen (z.B. Unwetter, Hochwasser) gemeinsam und verantwortlich angehen können.

- einen kriminalpräventiven Rat auf Kreisebene einzusetzen.

Feuerwehren und Brandschutz

Die Feuerwehren des Landes sind neben der Polizei wesentlicher Garant der Inneren Sicherheit. Sie stehen an allen Tagen des Jahres rund um die Uhr verlässlich und kompetent der Allgemeinheit zur Verfügung, um nicht nur Menschen und Tiere zu retten, Brände zu bekämpfen und technische Hilfe zu leisten, sondern vielmehr auch, um für sonstige Einsätze und unklare Gefahrenlagen einer der ersten Ansprechpartner zu sein. In den Gemeindefeuerwehren versehen die Feuerwehrangehörigen im Rhein-Pfalz-Kreis ihre Tätigkeit ehrenamtlich; neben ihrem Beruf und neben den Anforderungen aus Familie und Alltag.

Die FDP setzt sich ein für:

- eine nachhaltige Unterstützung der Feuerwehren. Sowohl die Nachwuchsförderung als auch die Stärkung erfahrener Kräfte brauchen mehr Unterstützung.
- eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Rettungsorganisationen.
- neue Anreizsysteme zur besseren Alterssicherung.
- verlässliche Investitionen in moderne Technik.
- die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Bildungsgutscheine, zum Beispiel durch kostenfreie VHS-Seminare.
- junge Flüchtlinge, die in Deutschland ein Bleiberecht haben, für die Arbeit der Feuerwehren zu gewinnen.

Europapolitik

Kommunen für ein starkes Europa

Europa ist auch eine kommunale Aufgabe. Die Entscheidungen und die Gesetzgebung der Europäischen Union (EU) haben sich in den vergangenen Jahren sehr stark auch auf die kommunale Ebene ausgeweitet. Beispielhaft seien die Einhaltung der Richtlinie für die öffentliche Auftragsvergabe, die Beihilfekontrolle und die Kofinanzierung von Fördermitteln genannt. Fragen des Europarechts und der Europapolitik sind eine Querschnittsaufgabe der Verwaltung, wobei es in den Kommunen häufig an der notwendigen Sachkenntnis und den personellen Ressourcen fehlt, um mit den europäischen Verordnungen und Richtlinien sachgerecht umzugehen.

Die Liberalen treten aber auch dafür ein, dass die Interessen der Kommunen in den Entscheidungsprozessen der EU Berücksichtigung finden. Damit soll sichergestellt werden, dass die EU so wenig wie möglich und so viel wie notwendig dort eingreift, wo die Interessen der

Kommunen betroffen sind. Im Gegenzug obliegt es den Kommunen, die Grundsätze des europäischen Rechts zu beachten und die vielfältigen Potenziale des geeinten Europas aktiv für sich zu nutzen.

Konkret fordert die FDP:

- Die Kommunen sollen helfen, die Vorteile eines geeinten Europas den Bürgern näher zu bringen, um die Grundeinstellungen zu Europa zu verbessern und Standort Europa zu stärken.
- Der Rhein-Pfalz-Kreis soll einen Beauftragten für Europafragen ernennen, der kommunalrelevante Themen auf EU-Ebene begleitet und nach der Umsetzung der Verordnungen und Richtlinien in deutsches Recht darauf hinwirkt, dass diese auch fristgerecht bei der Kreisverwaltung und den Kommunen umgesetzt werden.
- Die Wahrung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung bei allen Rechtsakten der EU, insbesondere in den Bereichen Daseinsvorsorge (Strom, Gas, Wasser, ÖPNV) auch im Hinblick auf die interkommunale Zusammenarbeit.
- Die konsequente Beachtung der Grundsätze der Transparenz und der Nichtdiskriminierung gegenüber Bietern aus anderen Mitgliedsstaaten bei Ausschreibungen von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen.
- Die Anhebung der Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen im Rahmen der Überarbeitung des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen zwischen der EU und den unterzeichnenden Drittstaaten bei den Welthandelsorganisationen.

Wirtschaftsförderung

Kommunen stehen untereinander und auch mit Regionen im Wettbewerb. Jeder angehende Unternehmensgründer, jede Unternehmensgründerin hat eine Vielzahl von Standorten zur Auswahl. Sie werden sich dort niederlassen, wo sich ihrem Unternehmen langfristig die besten Entwicklungsperspektiven bieten. Unser Rhein-Pfalz-Kreis hat gute Zukunftsperspektiven, wenn er für Unternehmer attraktiver ist als andere Standorte.

Die Wirtschaft unseres Landes ist in hohem Maße geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Damit Unternehmen sich weiterentwickeln können, müssen Kommunen die richtigen strategischen Weichen für die Zukunft stellen. Benötigt werden weniger Bürokratie, ein unternehmerfreundliches Klima sowie finanzielle Mittel, um zu investieren, Arbeits- und Ausbildungsplätze aufzubauen und zu sichern. Hier sind die Kommunen gefordert, für die notwendige Infrastruktur zu sorgen. Dazu zählen eine schlanke Verwaltung, Breitbandausbau, Verkehrswege sowie ein ausreichendes Angebot an ärztlicher Versorgung, an Bildungseinrichtungen und an Kinderbetreuung.

Jedes Jahr suchen ca. 6.000 rheinland-pfälzische Unternehmer einen Nachfolger - aus Familie, Belegschaft oder durch Fremdinvestoren. Diese Unternehmen müssen erhalten bleiben

bzw. für die Zukunft gerüstet und ihre Arbeitsplätze gesichert werden. Gesucht werden qualifizierte Nachfolger mit unternehmerischem Können. Kontakte potenzieller Übergeber und Übernehmer sollen auf regionaler Ebene gefördert und unterstützt werden. Vertreter des Rhein-Pfalz-Kreises sollen stärker mit Wirtschaftsverbänden vor Ort kooperieren, um Informationen mit allen Beteiligten und Interessenten auszutauschen und diese fachkundig zu begleiten.

Der Tourismus als ressortübergreifender harter Wirtschaftsfaktor muss für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung des Landes gestärkt werden. Nur mit einem scharfen regionalspezifischen Profil ist ein imageprägender Auftritt am Tourismusmarkt möglich. Hierzu ist die Bündelung von Fachwissen und von finanziellen Mitteln notwendig. Das Gastgewerbe als Säule des Tourismus muss durch Abbau bürokratischer Hürden, einzelbetriebliche Förderung, Einführung von Arbeitszeitkonten, Lösung des Fachkräftemangels, Unterstützung bei Betriebsübernahmen sowie durch eine intensiviertere Vermarktung saisonunabhängiger Angebote und Veranstaltungen gestärkt werden.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- dass die Kreisverwaltung eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmensgründer einrichtet, die berät und kreisweit weiterhilft („One-Stop-Shop“)
- dass die Kommunen in der Region Rhein-Neckar-Pfalz in Fragen der Wirtschaftsförderung stärker kooperieren.
- dass sich die Kommunen bei der Planung von interkommunalen Gewerbegebieten intensiver abstimmen.
- dass freiwillige Kooperationsmaßnahmen der Kommunen bei der Errichtung und Zusammenführung von kommunalen Einrichtungen unterstützt werden.
- den Tourismus im Rhein-Pfalz-Kreis nachhaltig zu fördern
- die Steuern und Abgaben so gering als möglich erhoben werden, um Unternehmensansiedelungen zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten
- auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Rhein-Pfalz-Kreis künftig zu verzichten und seine Gemeinden aus originären Landesmitteln mit Sonderzuweisungen für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge und zur Stärkung ihrer Investitionen zu unterstützen.

Finanzpolitik

Solide Finanzpolitik im Kreis und in den Gemeinden stärken.

Die FDP setzt sich im Kreis und in den Gemeinden für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik ein. Dies bedeutet im Einzelnen, dass ausgeglichene Haushalte die Regel und nicht die Ausnahme sein müssen. Dabei ist Sparsamkeit nach wie vor das Gebot der Stunde. Nicht erforderliche Neubauten und Sanierungen, die rein aus Prestige Gründen entstehen sollen, sind

zu unterlassen. Die Digitalisierung der Verwaltung soll dazu genutzt werden, Verwaltungsleistungen nicht nur effizienter, sondern auch noch kostengünstiger zu erbringen.

Im Einzelnen fordern die Freien Demokraten:

- Der jährlich zu erstellende Kreishaushalt ist auszugleichen.
- Die Digitalisierung der Kreisverwaltung muss rasch umgesetzt werden, damit die Verwaltungsmitarbeiter effizienter eingesetzt und Verwaltungskosten eingespart werden können. Dabei geht es im Einzelnen nicht nur um die Vereinfachung der inneren Abläufe bei der Kreisverwaltung, sondern auch um eine effizientere Kommunikation mit dem Bürger.
- Die Kreisverwaltung soll mit kreisangehörigen Gemeinden ein „Shared Service Center“ einrichten, um beispielsweise das Rechnungswesen, die Lohnabrechnung oder die öffentlichen Auftragsvergabe auf einer gemeinsamen Plattform abwickeln zu können. Dadurch können erhebliche Verwaltungskosten eingespart werden, die dem Kreis und den Kommunen für andere Aufgaben wieder zur Verfügung stehen.
- Der Kreis soll eine Koordinierungsfunktion bei der Aufnahme von Krediten der Kreisgemeinden übernehmen, um dadurch Zinskosten bei der Kreditaufnahme der Gemeinden und des Kreises einzusparen. Dadurch können nicht nur Negativzinsen für Guthaben bei Kreditinstituten vermieden werden, sondern auch Skaleneffekte (niedrigere Zinskonditionen) bei der Kreditaufnahme erzielt werden.

Umwelt- und Naturschutz

Kommunaler Natur- und Umweltschutz muss widersprüchliche Nutzungsansprüche an unsere Umwelt ausgleichen und vorausschauend umweltverträglich planen. Eine intakte Natur ist ein wertvoller „Standortfaktor“, den wir bewahren wollen. Die vorsorgende Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang haben vor der Reparatur solcher Schäden.

Die berechtigten Interessen zur Schaffung von Wohnraum müssen mit denen des Umwelt- und Naturschutzes abgewogen werden, gegebenenfalls durch Ausgleichsmaßnahmen.

Wir begrüßen aktuelle Trends wie Gemeinde-Imkerei auf Dächern, Baumketten, Grünstreifen, Naturreservate, Urban Gardening bis hin zu Vertical Farming. Natürliche Parks und Grünflächen wollen wir in diesem Zusammenhang, auch zu Gunsten eines besseren Klimas und zur Senkung der Temperaturen, pflegen und erhalten.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- ehrenamtliche Initiativen zur Erhaltung von Natur und Umwelt zu unterstützen. Die Umweltorganisationen im Rhein-Pfalz-Kreis sollen einmal im Jahr zu einer Veranstaltung eingeladen und gehört werden. Dabei sollen neben der Würdigung des ehrenamtlichen Engagements auch die Wünsche und Anregungen der Umweltorganisationen erörtert werden.

- die Biotopvernetzung fortzuschreiben, insbesondere unter dem Aspekt „Öko-Konto“.
- Landschafts- und Naturschutzgebiete für die Artenvielfalt von Flora und Fauna zu sichern.
- als Beitrag zur Lebensqualität für Bewohner und Besucher des Rhein-Pfalz-Kreises eine geordnete Naherholung zu gewährleisten.
- im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) Stellen im „grünen Bereich“ einzurichten.

Kultur

Eine moderne Kulturpolitik ist ein urliberales Anliegen. Sie gehört zum Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung. Die soziale und integrative Funktion von Kultur garantiert den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Sie ist eine wichtige Quelle nationaler und regionaler Identität. Sie schärft das Erscheinungsbild der Region und trägt unter dem Stichwort der „Kulturwirtschaft“ zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung bei.

Auch wenn die Kultur für die Kommunen momentan hauptsächlich eine freiwillige Leistung darstellt, so wird sie trotzdem immer bedeutsamer und von den Unternehmen im Rhein-Pfalz-Kreis als bedeutender Standortfaktor bei der Gewinnung und Ansiedlung qualifizierter MitarbeiterInnen bewertet. Auch die Kommunen profitieren davon, wenn der Rhein-Pfalz-Kreis als attraktiver Wohnstandort angesehen wird.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- die bisher hervorragende Kulturarbeit im Rhein-Pfalz-Kreis auf dem gegenwärtigen hohen Niveau fortgeführt und weiter ausgebaut wird.
- ein Kulturentwicklungsplan erstellt wird.
- der Rhein-Pfalz-Kreis seine Kooperationen mit den benachbarten Städten und Gemeinden und mit der Metropolregion weiter ausbaut.
- die Unterstützung der Musikerziehung und Musikausübung durch private Träger und die Kreismusikschule gut koordiniert wird.
- die Förderung des Lesens eine besondere Beachtung erfährt, wobei die Zusammenarbeit der Schulen und Bibliotheken weiter verstärkt werden soll.
- die Zusammenarbeit der Kreisvolkshochschule mit den umliegenden Volkshochschulen weiter ausgebaut wird, um Synergien zu realisieren und Kosten zu sparen. Kulturförderung zielgerichtet, transparent und am jeweiligen Bedarf der Bürger und Kommunen orientiert erfolgt. Wichtig sind dabei digitale wie auch traditionelle Kulturangebote.
- Bibliotheken, Archive und Akademien zu unterstützen sind. Ihre Nutzerfreundlichkeit muss erhalten und gefördert werden.

- Denkmalschutz und zeitgenössische Architektur zu fördern sind, historisch wertvolles Erbe ist zu bewahren und zugänglich zu machen.
- Musikalische und künstlerische Bildung zu erweitern sind, eine lebendige Theaterlandschaft ist zu erhalten, Ausstellungs- und Probemöglichkeiten sollen vorhanden sein.
- den Kommunen es möglich sein muss, herausragende kulturelle Projekte oder Institutionen in den Katalog kommunaler Pflichtaufgaben zu übernehmen und sie bedarfsgerecht in ihrem Bestand zu sichern.
- Kulturförderung nicht kommunalen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen darf. Alle Fördermaßnahmen müssen jeweils an messbaren Qualitätskriterien gebunden sein.

Verkehrspolitik

Straßennetz und ÖPNV

Gut ausgebaute Verkehrswege und ein gut funktionierender ÖPNV machen den Rhein-Pfalz-Kreis zu einem attraktiven Lebens- und Arbeitsraum und sind damit wichtige Grundlage für individuelle Mobilität, wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand. Als Pendlerkreis ist der Rhein-Pfalz-Kreis Wohnort vieler Menschen, die ihren Arbeitsplatz in den Nachbarstädten, z.B. Ludwigshafen, Mannheim, Walldorf oder Speyer haben. Deshalb tritt die FDP dafür ein, die Anschlussstraßen zu den regionalen Verkehrswegen und die Parkplatzangebote für Pendlergruppen oder an Bahnhöfen zu erhalten oder auszubauen. Darüber hinaus wollen wir die Chancen der Digitalisierung für eine Flexibilisierung von Haltestellen und Bedienzeiten durch bedarfsgesteuerte Angebote wie beispielsweise Rufbusse oder Anrufsammeltaxen nutzen. Ebenso können Formen des Ride-Sharing ein Beitrag sein, die Mobilität zwischen S-Bahnhöfen und den Nachbargemeinden zu verbessern. Die vorgesehenen Maßnahmen sollen auch in Hinblick auf die geplanten Bauarbeiten mit der Hochstraße in Ludwigshafen eine Entzerrung der befürchteten Verkehrssituation vorsehen.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- das bestehende Kreisstraßennetz auszubauen und zu pflegen. Folgende Baumaßnahmen haben aus unserer Sicht Vorrang:
 - Bau der Ortsumgehungen
 - L502 Römerberg
 - L523 Bobenheim-Roxheim
 - L 532 Böhl-Ingelheim
 - Bau der Ostumgehung in Assenheim
 - die Südtangente in Dudenhofen.
- ein Kataster und eine Konzeption für Lärmschutzmaßnahmen zu erstellen.
- Fußwege zu sichern und auszubauen, insbesondere mit Blick auf Wege zu den Kindergärten und Schulen.

- die Buslinien im Kreis intensiver zu vertakten und entsprechend an den Schienenverkehr anzubinden.
- das ÖPNV-Angebot nachfragegerecht und attraktiv zu gestalten, einschließlich des erweiterten Einsatzes des Ruftaxis.
- die Qualität des ÖPNV im Hinblick auf Pünktlichkeit, Nutzerinformation, Sicherheit und Sauberkeit zu steigern.
- den Ausbau des Straßenbahnnetzes nach Neuhofen bzw. nach Mutterstadt und Dannstadt-Schauernheim zu forcieren.

Radwegenetz

Ob als umweltfreundliche Verkehrsmittel für Kurzstrecken oder als Expeditionsfahrzeuge zur Erkundung der touristischen Schönheiten unseres Kreises – Fahrräder erfüllen ganz unterschiedliche Rollen in unserem Verkehrsmix. Das Fahrrad eröffnet durch die rasant steigende Zahl von E-Bikes und Pedelecs als alltägliches Verkehrsmittel neue Perspektiven. Radwege sind ein essentieller Bestandteil eines ganzheitlichen Verkehrssystems und müssen daher Widerhall in kommunalen Planungen finden.

Die FDP setzt sich ein für:

- die Bereitstellung gesicherter Abstellmöglichkeiten im städtischen Raum und deren Anbindung an den ÖPNV.
- Radschnellwege, die sicheres, weil kreuzungsarmes, Vorankommen ermöglichen.
- kommunale Initiativen zur Identifikation und Beseitigung von Gefahrenstellen.
- eine interkommunale Zusammenarbeit bei der Erschließung touristischer Radwanderwege.
- die Bemühungen von Städten und Gemeinden, Veränderungen im innerstädtischen Verteilerverkehr (Elektrolastenräder, Pedelecs, etc.) proaktiv zu begleiten.
- die Arbeit von Jugendverkehrsschulen als Übungsfelder der Verkehrsteilnehmer von morgen.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige im Rhein-Pfalz-Kreis. Im „Gemüsegarten Deutschlands“ kommt dem Anbau von Spezialkulturen besondere Bedeutung zu.

Als Freie Demokraten betrachten wir Landwirte seit jeher als eigenverantwortlich handelnde selbständige Unternehmer. Deshalb muss die Landwirtschaft in die Lage versetzt werden, nachhaltigen Anbau zu wettbewerbsfähigen Bedingungen zu ermöglichen. Angesichts der von der EU vorgegebenen Regelwerke sollten Kreis und Kommunen nur dann Beschränkungen verfügen, wenn vitale Interessen der Bevölkerung zu wahren sind. Die weiter als in der übrigen Wirtschaft fortgeschrittene Digitalisierung der Landwirtschaft bietet vielfältige

Möglichkeiten des Ressourcenschutzes bei Aussaat, Pflanzenschutz, Düngung und Ernte und ist daher zu fördern. Angesichts des Klimawandels wird eine kontinuierliche Anpassung der Bewässerungs- und Anbaupraxis sowie eine kontinuierliche Überprüfung von Regelwerken erforderlich. Dabei müssen auch Belange des Artenschutzes gewahrt bleiben. Ebenso müssen wir der landwirtschaftlichen Forschung genügend Ermessensspielraum einräumen, sich auf die zukünftigen Herausforderungen auf dem Ernährungssektor einzustellen: Einhaltung der Nahrungsmittelqualität, Einsatz umweltverträglicher Betriebsmittel, Anbau klimagemäßer Feldfrüchte.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- bei Planungen und Maßnahmen die landwirtschaftlichen Strukturen und Bedürfnisse im Kreis, insbesondere Bewässerungssysteme, auch im Norden des Landkreises zu beachten
- Windkraftanlagen auf dem Land nur dort einzurichten, wo Energie tatsächlich benötigt wird bzw. gespeichert werden kann. Dabei sind die Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV) zu beachten.
- Arten erhaltenden Anbaumethoden ideell zu fördern.
- Anerkennung der Rolle des Landwirts als „Landschaftspfleger“.

Abfallwirtschaft

Die Freien Demokraten treten für eine ökologisch anspruchsvolle und wirtschaftlich sinnvolle Abfallwirtschaftspolitik ein. Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes müssen Vermeidung und Verwertung den Vorrang vor der Beseitigung haben. Der erreichte technische Standard soll weiter ausgebaut werden, weitere Verbesserungen und Kostensenkungspotentiale müssen ausgeschöpft werden.

Wir Freie Demokraten sehen es nicht als tabu an, in den Kommunen über die Biotonne zu diskutieren. Wo die Produktion von Kompost keine ökologischen Vorteile mit sich bringt, sollte eine gemeinsame Entsorgung der Bioabfälle mit dem Hausmüll erfolgen. Die Sicherheit der Entsorgung ist zu gewährleisten.

Wir unterstützen die privatwirtschaftlich organisierte Abfallwirtschaft im Rhein-Pfalz-Kreis. Und wir begrüßen deshalb das Public-Private-Partnership-Modell (PPP), das der Umsetzung dieses Zieles dient.

Wir Freie Demokraten fordern, dass sich die öffentliche Hand zur Verwertung und zum Recycling von geeigneten Abfällen im Rahmen ihrer Bautätigkeit bekennt und in ihren Ausschreibungen berücksichtigt.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- die Abfallgebühren so zu gestalten, dass das Kosten-Leistungsprinzip im Sinne der Bürger gewahrt bleibt. Bei der regelmäßigen Überprüfung der Abfallgebühren sollen Möglichkeiten der Kostenreduktion und der Wert anfallenden Abfälle immer mit geprüft werden.
- Die Abfallgebühren sollen nur in der Höhe erhoben werden, dass der Gebührenhaushalt ausgeglichen ist.
- Überschüsse müssen zurückvergütet werden
- das Abfallmanagement durch kompetente und zeitnahe Information und Beratung der Bevölkerung weiter zu entwickeln
- Geruchsbelästigungen durch einvernehmliche Regelungen mit den Entsorgungsbetrieben wirksam zu bekämpfen.
- die besonders betroffenen Bürger von Mutterstadt im Kampf gegen die Geruchsbelästigung zu unterstützen.
- die Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe bürgerfreundlich zu gestalten und Wertstoffsäcke vor Ort auszugeben.

Energiepolitik

Die Energieversorgung hat sich erheblich verändert. Stetig steigende Energiepreise stellen für die Kommunen und für die Bürgerinnen und Bürger eine hohe Belastung dar. Wir wollen Energiepolitik marktgerecht und technikneutral gestalten, ohne Klimaziele infrage zu stellen. Wir wollen einen technologieoffenen Energiemix, sofern er mit den Erfordernissen des Landschaftsschutzes in Einklang zu bringen ist. Auch für Speichertechnologien soll grundsätzlich Technologieoffenheit gelten. Die einseitige Subventionierung bestimmter Energieformen lehnen wir ab. Die Standortqualität des Rhein-Pfalz-Kreises muss gesichert bleiben. Der Rhein-Pfalz-Kreis ist aufgefordert, bei eigenen Liegenschaften Vorbildfunktion zu übernehmen.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- die kreiseigenen Gebäude energieeffizient zu bewirtschaften. Es ist eine Bestandsaufnahme zu machen sowie eine Konzeption zu entwickeln, in welchem Zeitraum und mit welchem Aufwand eine Umsetzung erfolgen soll.
- Bürgerinnen und Bürger regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen auf dem Energiesektor und die aktuellen Förderungsmöglichkeiten bei Gebäudesanierungen zu informieren.
- einen Gebäudemanager in der Kreisverwaltung zu benennen, der Einsparpotentiale bei der Energie aufdeckt und dafür sorgt, dass sie auch umgesetzt werden.

Hochwasserschutz, Grund- und Druckwasserschutz

Wegen der klimatischen Veränderungen und der damit einhergehenden Veränderungen des Abflussverhaltens sollen die erfolgreichen Hochwasserschutzprogramme im Rhein-Pfalz-Kreis fortgesetzt werden. Die Hochwasserschutzmaßnahmen müssen vorrangig der Sicherheit der Menschen dienen. Hochwasserschutz beginnt bei der Verlangsamung des Oberflächenabflusses durch Entsiegelung, Wiederaufforstung von Brachflächen und schließt auch technische Hochwasserabwehrmaßnahmen, die örtlich begrenzt erforderlich werden können, ein. Das Prinzip, die vorhandenen Überflutungs- bzw. Rückhalteräume zu erhalten und zu pflegen, muss auch in Zukunft verfolgt werden. Zu prüfen sind erforderliche Erweiterungen. Die Vermeidung von Versiegelung ist zu vorrangig zu betreiben

Die FDP setzt sich dafür ein,

- jeweils objektiv zwischen den verschiedenen Möglichkeiten der natürlichen und gesteuerten Hochwasserrückhaltung abzuwägen.
- bei den Planungen von Hochwasserrückhaltemaßnahmen die jeweilige Hochwasser-, Druck- und Grundwassersituation großräumig gutachterlich zu erfassen und entsprechend zu berücksichtigen.
- besonders geeignete Hochwasserrückhalteräume vorrangig zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das Retentionsvolumen und die Kosten.
- bei der Ausweisung von Hochwasserrückhalteräumen entsprechend geeignete Flächen in staatlichem Eigentum stets gegenüber privaten Flächen vorrangig zu berücksichtigen.
- bei den weiteren Planungen und Maßnahmen zur Verbesserung von Hochwasser, Druck- und Grundwasser besonders zu berücksichtigen, dass bereits jetzt im Rhein-Pfalz-Kreis außerordentlich viele Retentionsflächen zur Verfügung gestellt werden.
- dass das Land den Bürgerinnen und Bürgern, die wegen Maßnahmen zum Rhein-Hochwasserschutz Sach- und Vermögensschäden erlitten haben, diese Schäden zeitnah ersetzt.
- den Polder in Altrip nicht zu bauen.
- vorhandene Grabensysteme zu reaktivieren und kontinuierlich zu pflegen. Insbesondere zur Verbesserung der Grundwassersituation sind diese Vorfluter einzubeziehen.
- bei den Oberläufen geeignete Rückhaltemaßnahmen vorzunehmen, da die Grund- und Druckwassersituation sehr stark durch die Vorfluter des Rheins beeinflusst wird.
- den Beregnungsverband Vorderpfalz bei den Planungen und Maßnahmen mit einzu beziehen.
- die Zuständigkeiten bei den Vorflutern neu zu überdenken, um ein erfolgreiches Grund- und Druckwassermanagement zu ermöglichen. Dieses soll sich zukünftig nicht mehr an Verwaltungsgrenzen, sondern an Flussgebietseinheiten orientieren.

Sportpolitik

Den Vereinen und Sportverbänden gehören auch im Rhein-Pfalz-Kreis tausende von Bürgerinnen und Bürgern an. Besonders die Sportvereine leisten einen bedeutenden Beitrag zur Integration und Stabilisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – auch im Hinblick auf Prävention.

Daher muss der Bereich Sport verstärkt gegenüber anderen Bereichen des öffentlichen Lebens gefördert werden. Die Sportpolitik unterhält Verbindungen zu den meisten Politikbereichen, insbesondere aber zur Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik.

Angesichts einer Vielzahl von Badeunfällen und der Zuwanderung in der Region kommt dem Schwimmen besondere Bedeutung zu und ist deshalb besonders zu fördern.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- dass die Aktivitäten der Vereine weiterhin durch den Rhein-Pfalz-Kreis finanziell gefördert werden, insbesondere mit Blick auf ihre Angebote für die Jugend.
- die bereits praktizierte Zusammenarbeit von Kindergärten und Schulen mit den Sportvereinen weiter auszubauen.
- dass jeder Grundschüler Schwimmen lernt, am besten bereits in der 2. Schulklasse. In den Zeugnissen der 3. und 4. Klasse ist die Detailleistung „Schwimmen“ zu dokumentieren. Die FDP fordert als Ziel, dass am Ende der Grundschulzeit es nur noch sichere Schwimmer (Bronze – Abzeichen) gibt. Für diese Kurse stellt der Rhein-Pfalz-Kreis seine Kreishallenbäder kostenlos zur Verfügung.
- bis zur 9. Schulklasse die Schüler zum Erwerb des Sportabzeichens zu befähigen.
- die Konzeption der Hallen- und Freibäder im Rhein-Pfalz-Kreis zu überarbeiten, um ein bedarfsgerechtes Angebot langfristig zu sichern.
- den Sportvereinen auch weiterhin jedes Jahr Gutscheine zum Besuch der Hallenbäder kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Migrationspolitik

Integration

Die Integration der Menschen aus anderen Ländern mit anderen kulturellen Hintergründen und anderen Sprachen findet in den Kommunen statt. Hier müssen unsere Werte vermittelt werden, hier muss ein Zusammenleben zwischen und mit den Kulturen organisiert werden. Der Grundsatz der Integration muss dabei „Fördern und Fordern“ sein. Eine gelingende Integration ist die Voraussetzung für langfristige gesellschaftliche Stabilität und die Sicherung unseres Wohlstands.

Die FDP setzt sich ein für:

- niedrigschwellige Integrationsangebote in Familienzentren, welche sich speziell an Frauen richten.
- ein Integrationsmanagement, welches sich an den speziellen Bedürfnissen vor Ort orientiert und das Ehrenamt in seiner Arbeit begleitet.
- Deutschkurse in den Kommunen, welche beispielsweise über die Volkshochschulen organisiert werden können.
- niedrigschwellige Bildungsangebote für Neubürger zur Erleichterung des Eintritts in den Arbeitsmarkt. Eine zentrale Forderung der Freien Demokraten in diesem Zusammenhang ist ein Zuwanderungsgesetz.
- die Schaffung von dezentralen Anschlussunterbringungen / Wohnangeboten, da Integration am besten in kleinen Einheiten gelingt.
- die Unterstützung der Vereine vor Ort bei der Integration der Neubürger durch Fortbildungsmaßnahmen und einen hauptamtlichen Ansprechpartner.
- einen fairen finanziellen Lastenausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen, welcher sich im Ergebnis in einer Entlastung der Kommunen und dauerhaften Finanzierung der Integrationsleistung manifestiert.

Geflüchtete

Der Zustrom von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Menschen, die der wirtschaftlichen Not ihrer Heimat entfliehen wollen, ist eine der größten Herausforderungen, vor der unserer Kommunen stehen. Auch wenn die großen Fragen auf internationaler, europäischer, Bundes- und Landesebene entschieden werden müssen – so zum Beispiel die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes mit Punktesystem und ein europäisches Asyl- und Flüchtlingssystem – tragen am Ende die Kommunen und die Bürger vor Ort die Kosten der Unterbringung und müssen sich um die Integration der Neuankömmlinge bemühen. Als FDP fordern wir auf Bundesebene neben dem Einwanderungsgesetz den Spurwechsel, der es abgelehnten Asylbewerbern, die schon gut integriert sind und sich bereits in Lohn und Brot bzw. Ausbildung befinden, ermöglicht, über die Kriterien des Einwanderungsgesetzes legal einen Aufenthaltsstatus in Deutschland zu erhalten.

Die FDP setzt sich ein für:

- die Wiedereinführung der Residenzpflicht für Bewerber im Verfahren und für abgelehnte Asylbewerber.
- einen Abbau von Arbeitsverboten und Restriktionen bei Praktika und Zeitarbeit. Flüchtlinge sollen schnell ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können.
- eine bessere finanzielle Unterstützung durch Bund und Land der Kommunen bei den Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten. Ein gutes Beispiel ist hier die Schwarz-Gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen, die die Integrationspauschale des Bundes direkt und komplett an die Kommunen weitergegeben hat.

- eine Sprachstandabfrage der Sprachen Deutsch und Englisch in den Erstaufnahmeeinrichtungen und die Vermittlung der deutschen Sprache sofort nach der Ankunft.
- eine verpflichtende und jedem Geflüchteten und Asylbewerber offenstehende Teilnahme an Integrationskursen. Die Vermittlung der Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung muss dabei im Vordergrund stehen.

Die Rolle der Kommunen im Rhein-Pfalz-Kreis stärken

Kreisverwaltung modernisieren

Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen haben einen Anspruch auf eine moderne, effiziente und kundenorientierte Kommunalverwaltung. Die behördliche Verwaltung ist kein Selbstzweck, sondern muss sich ihrer Aufgabe als Dienstleister am Bürger bewusst sein und einen hohen Grad an Servicebereitschaft erreichen. Der Rhein-Pfalz-Kreis und seine Gemeinden tragen Verantwortung dafür. Auch in der nächsten Legislaturperiode wollen wir weiter daran mitarbeiten, dass Verwaltungsaufgaben und öffentliche Dienstleistungen kostengünstig und bürgerfreundlich erbracht werden können.

Um das zu erreichen, setzt sich die FDP für die Einrichtung eines schlagkräftigen Servicecenters in der Kreisverwaltung ein, in dem Entscheidungen und Genehmigungen schnell und unbürokratisch bearbeitet werden und ein Fallbearbeiter die notwendigen Schritte mit den Fachstellen koordiniert. Um entsprechend schlagkräftige Strukturen zu schaffen, können externe Berater einbezogen werden, Mitarbeiter der Kreisverwaltung müssen gemäß ihrer Befähigung und ihres Ermessensspielraums ausgewählt, entsprechend geschult und angemessen besoldet werden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass:

- die Kreisverwaltung mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Sinne einer stärkeren Bürgerorientierung organisiert wird. (Stichwort: "Kreisverwaltung-online bzw. eGovernment").
- ein IKT - Plan für die nächsten 5 Jahre erstellt wird, damit die Verwaltung im Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern verstärkt die digitalen Medien nutzen kann.
- eine elektronische Auftragsvergabe eingeführt wird.
- ein One-Stop-Portal für Unternehmensgründer mit allen Informationen der Verwaltung und über E-Services eingeführt wird.
- mobile Anwendungen (Apps) für E-Services eingerichtet werden.
- die elektronische Kommunikationsinfrastruktur innerhalb der Verwaltung und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eingerichtet wird.
- eine eigene Cloud-Plattform eingerichtet wird, mit der Verwaltungsdienstleistungen effizient und kostengünstig bereitgestellt werden.

- in den Kreisbädern, Bibliotheken und Schulen ein W-LAN (lokales Funknetz) eingerichtet wird, das die Besucher dann nutzen können.
- die Öffnungszeiten der Kreisverwaltung noch flexibler und bürgerfreundlicher gestaltet und die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig nach ihrer Zufriedenheit mit den Leistungen der Kreisverwaltung und den Öffnungszeiten befragt werden.
- Online-Anfragen an die Kreisverwaltung innerhalb von 2 Tagen beantwortet werden.
- für Bürgerinnen und Bürger, die sich moderner Technologien nicht bedienen möchten oder können, nach wie vor der persönliche Kontakt mit der Kreisverwaltung als Dienstleister gewährleistet ist.
- den Mitarbeitern mehr Wertschätzung ihrer Arbeit entgegengebracht wird.

Leerstand und Leerstandskataster

Leerstände von Immobilien (Läden, Praxen, Büros, Betriebe) schaden der örtlichen Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt und sind ein negativer Indikator für die kommunale Entwicklung. Um unvermeidbare Leerstände in Kommunen (Büros, Läden, gewerbliche Betriebe) zeitlich zu reduzieren und damit die Leerstandszeiten zu verkürzen, ist eine Datenbasis für Leerstandsobjekte erforderlich.

Die FDP setzt sich ein für:

- ein schnelles Baurecht für Neuansiedlungen und Betriebsneugründungen für die Aufhebung von Leerständen.
- eine Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung, Eigentümern und der Immobilienwirtschaft.
- ein Leerstandskataster zur Bündelung aller notwendigen Informationen über die leerstehende Immobilie (grundstücks- und gebäudebezogene Daten).
- ein von der Kreisverwaltung erstelltes Gebäudekataster, das jährlich fortzuschreiben ist und die Liegenschaften mit baulichem und technischem Zustand der Gebäude inklusive ihrem Sanierungsbedarf und dem Zeitpunkt der Sanierung fortschreibt.

Interkommunale Zusammenarbeit

Der Rhein-Pfalz-Kreis muss Motor in der Förderung von Kooperationsmodellen auf lokaler Ebene werden. Eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit wird ermöglichen, dass die Kreisverwaltung und die Gemeinden ihre Einrichtungen besser auslasten und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger effizienter anbieten können, der Brand-, Katastrophenschutz sowie das Rettungswesen verstärkt miteinander kooperieren, und, dass fachspezifische Personalressourcen zwischen den Gemeinden und dem Kreis besser koordiniert und genutzt werden können.

Dazu sollten externe Berater hinzugezogen werden. Die Bündelung von Aufgaben sollte nicht auf Kompetenzen beschränkt bleiben, sondern auch die vorhandenen Fähigkeiten der Kommunen erfassen. Das kann bedeuten, dass Maschinen und Bedienpersonal interkommunal

eingesetzt werden. Es muss vermieden werden, dass Ausstattungen doppelt angeschafft und dann nicht ausgelastet werden, weil die unterschiedlichen Verwaltungen keine Kenntnis über die maschinellen und personellen Ressourcen der anderen haben.

Die FDP setzt sich ein für:

- eine Zusammenarbeit bei den Feuerwehren über die Verbandsgemeinde-Grenzen hinaus muss von Seiten der Genehmigungsbehörden gefordert werden, damit nicht gleichwertige Fahrzeuge, die viele hunderttausend Euro kosten, in unmittelbarer Nachbarschaft mangels Einsatzzeiten vor sich hin altern.
- die Nutzung von öffentlich-privaten Partnerschaften zur Realisierung kommunaler Leistungsangebote dort, wo Gemeinden an die Grenzen ihrer Kernkompetenzen stoßen. Damit ergeben sich auch Möglichkeiten, aufstrebende junge Unternehmen zu fördern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.